



GRÜNE IN DER AK

ALTERNATIVE GEWERKSCHAFTER/INNEN

Antrag

der Fraktion „Grüne in der AK - Alternative GewerkschafterInnen“

an die Arbeiterkammer-Vollversammlung vom 11. 5. 1995

betrifft: AK-Reform - Präsidentschaft: Unvereinbarkeit mit parlamentarischer Tätigkeit

Die Vollversammlung der AK Tirol spricht sich im Zuge der Arbeiterkammerreform für eine Unvereinbarkeit des Amtes des Arbeiterkammerpräsidenten mit der Übernahme eines Mandates in Landtagen, Nationalrat oder Bundesrat sowie im Europaparlament aus. Die AK-Präsidenten müssen ihre Tätigkeit grundsätzlich hauptberuflich ausüben und nur ein Berufseinkommen beziehen. Diese EntschlieÙung soll der Bundesarbeitskammer zur Kenntnis gebracht werden.

Begründung

Es geht darum, den Arbeitnehmern gegenüber glaubwürdig zu erscheinen. Das kann nur geschehen, wenn ein Arbeitnehmer die Arbeitsleistung von nicht schlecht verdienenden Funktionären nachvollziehen kann. Bei einem Mandat in einem Parlament und gleichzeitiger Präsidentschaft ist sowohl vom Zeitrahmen als auch vom Engagement die Glaubwürdigkeit nicht mehr gegeben. Auch können sich Interessenskollisionen zum Nachteil der Arbeitnehmer ergeben.

Innsbruck, 24. 4. 95

Christiana Willi